RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur
Michael Wagner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7508
VORLAGE

Staatssekretär
Prof. Dr. Hardeck

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

3. Juni 2025

Sitzung des Ausschusses für Kultur am 22. Mai 2025

TOP 4: Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
Vorlage 18/7270
„80 Jahre Flucht und Vertreibung“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Kultur hatte ich zugesagt, den Ausschussmitgliedern den Sprechvermerk zu TOP 4 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen den beigefügten Sprechvermerk (Anlage).

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Jürgen Hardeck
Staatssekretär

– Anlage –

Anlage

TOP 4: Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
Vorlage 18/7270
„80 Jahre Flucht und Vertreibung“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Abgeordnete,

am 8. Mai haben wir an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa vor 80 Jahren erinnert. Denn im Mai 1945 wurden Europa und die Welt vom verbrecherischen Regime der Nationalsozialisten befreit.

Die eigentliche Ursache von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg darf nicht vergessen werden: das Deutsche Reich hat im Osten Europas einen Vernichtungskrieg geführt, über 30 Millionen Menschen in Mittel- und Osteuropa wurden getötet.

Der deutsche Angriffskrieg gegen die Sowjetunion war ein in dieser Brutalität ungekannter rassistischer Vernichtungskrieg.

Es war diese nationalsozialistische Expansions-, Raub- und Ausrottungspolitik, die während des Zweiten Weltkriegs zu einer Zerstörung der Beziehungen zwischen den deutschen Volksgruppen und der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung in Mittel- und Osteuropa geführt hat. Nach dem Ende dieses Krieges kam es daher zu Flucht und Vertreibung deutscher Bevölkerungsgruppen aus Osteuropa.

Für die damalige Gesellschaft in den westdeutschen Besatzungszonen stellte die Aufnahme der Vertriebenen eine Herausforderung dar. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wuchs in wenigen Jahren um 20 Prozent, eine enorme integrationspolitische Herausforderung.

In der französischen Besatzungszone allerdings, die weite Teile vom heutigen Rheinland-Pfalz umfasste, waren von den 12 bis 14 Millionen vertriebenen Deutschen bis zur Gründung der Bundesrepublik nur 82.000 Personen aufgenommen worden. Die Mehrzahl der Flüchtlinge kam erst ab 1950 nach Rheinland-Pfalz, weshalb das Thema in anderen Bundesländern, wie etwa in Bayern und Niedersachsen, eine weitaus größere Relevanz hatte als hier.

Auch heute gibt es Migrationsbewegungen, die große Anstrengungen im Integrationsbereich bedürfen. Diese bemerkenswerte Parallele beleuchtete Ende 2024 eine Veranstaltung in Speyer, bei der der Bund der Donauschwaben gemeinsam mit dem Leiter der Speyerer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende über Fragen der Migration und Integration diskutierte.
Aktuell gibt es vom Dokumentationszentrum der „Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einen Aufruf, dass sich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen melden sollen, damit deren Erinnerungen an Flucht und Vertreibung dokumentiert werden können.
Abgesehen davon hat für die Landesregierung die schulische Gedenk- und Erinnerungsarbeit eine hohe Priorität.

In Rheinland-Pfalz wird sie insbesondere durch die Koordinierungsstelle für Gedenk- und Zeitzeugenarbeit am Pädagogischen Landesinstitut unterstützt.

Die Koordinierungsstelle steht Schulen bei der Planung, Finanzierung und Durchführung von Gedenkstättenfahrten sowie dem Aufbau von schulischen Erinnerungsinitiativen zur Seite und vermittelt Zeitzeugenbegegnungen u. a. zu Themen wie Flucht und Vertreibung. Zudem werden auch Fortbildungsveranstaltungen angeboten, bei denen – neben anderen – auch das Thema Flucht und Vertreibung als eine von verschiedenen Folgen des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs Gegenstand ist. Die Auseinandersetzung mit Gedenkarbeit, insbesondere bezüglich der Opfer politischer Gewaltherrschaft, erfolgt dabei im schulischen Unterricht stets

exemplarisch. Daher können neben den schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus auch Flucht und Vertreibung Unterrichtsgegenstand sein.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung im Falle schulischer Gedenk- und Erinnerungsvorhaben liegt dabei bei den Schulen selbst.

Zudem kommt das Land Rheinland-Pfalz seiner Verantwortung nach, die Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge zu unterstützen.
Einen Einblick, wie das Land die Sicherung und Aufbewahrung von Archivalien sowie Exponaten aus ostdeutschen Heimatstuben fördert, haben Sie in der letzten Ausschusssitzung erhalten.

Abschließend möchte ich noch auf Ihre vier Fragen eingehen:

Zu 1) Seitens der Landesregierung sind keine Veranstaltungen zu „80 Jahre Flucht und Vertreibung“ geplant. Es ist aber auch kein Projektträger auf das Kulturministerium zugekommen mit dem Wunsch, eine Förderung für ein Projekt zu diesem Thema zu erhalten. Dieses zeigt, dass es wohl keinen so großen Bedarf gibt, dieses Thema aktuell intensiver zu bearbeiten.

Zu 2) Hier verweise ich auf die erwähnte Veranstaltung in Speyer.

Zu 3) Ein solcher Austausch findet nicht statt. Die genannten Verbände sind jedoch auch nicht mit diesem Anliegen an die Landesregierung herangetreten.

Zu 4) Die Landesregierung betreibt das virtuelle Onlinemuseum "Lebenswege". Das Onlinemuseum hat bereits vor etlichen Jahren die analoge Wanderausstellung »Das Russland-Deutsche-Haus« mit Texten, Bildern und Interviews in seinen virtuellen Museumsraum übernommen.